



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Reichsspiegel : (vom 30. April bis 4. Mai)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Reichs Spiegel

(vom 30. April bis 4. Mai)

Preussischer Partikularismus

Die großen nationalen Ideen, die unser Volk in den siebziger Jahren beherrschten und die Debatten unseres Reichstages und vieler Landtage auf ein erfreulich hohes Niveau erhoben, beginnen immer mehr zu verblasen. Es ist als ob der Einheitsgedanke seine ganze Kraft erschöpft habe in einer einzigen großen Tat, welche ein Jahrzehnt noch in denen nachwirkte, die mit voller Hingabe an ihr gearbeitet hatten, welche aber, je weiter wir uns zeitlich von ihr entfernen, um so weniger unser politisches Empfinden und Handeln noch zu bestimmen vermag. Gewiß, wir haben in der Zwischenzeit ein einheitliches bürgerliches Recht geschaffen, aber auch seine Wurzeln ruhen in der Zeit um 1870/71; gewiß, es sind andere, wenn auch vielfach weniger weitreichende nationale Gedanken verwirklicht worden, aber sie wurden nicht getragen von breiteren Kreisen des Volkes, und unsere nationalen Parteien haben sich in den Parlamenten nicht so für sie eingesetzt, wie man es hätte erwarten dürfen und wie es früher geschehen ist. Auf die mannigfachen politischen und wirtschaftlichen Ursachen dieser unerfreulichen Erscheinung ist in den Grenzboten oft hingewiesen worden. Einen neuen Beweis für sie boten die Verhandlungen des Reichstages und des preussischen Abgeordnetenhauses, als ihnen die Etats der Eisenbahnen im Reich und in Preußen Gelegenheit gaben, die wichtige Frage der Vereinheitlichung der deutschen Eisenbahnen zu erörtern. Auf der rechten Seite in beiden Häusern satte Zufriedenheit mit dem ausgezeichneten Zustand unseres Eisenbahnwesens, der die Forderungen des Artikels 41 bis 47 der Reichsverfassung weit hinter sich lasse; bei den Linksliberalen eine „sympathische Stellung“ zu dem Gedanken der Vereinheitlichung. Außer bei einem Vertreter der Nationalliberalen im Reichstag, der als das zu erstrebende Ziel der Entwicklung die volle Eisenbahngemeinschaft auf föderativer Grundlage hinstellte, nirgends Wärme und freudige Zustimmung zu einem Gedanken, der zum mindesten ernstester Überlegung und Prüfung bedürfte. Und die Regierungen? In Preußen ist man aus leicht erklärlichen Gründen entschiedener Gegner des Gedankens. Und der Herr Präsident des Reichseisenbahnamtes hat nicht viel mehr als sein „Interesse“ bekundet und die Möglichkeit, daß eine weitergehende Vereinheitlichung der Bahnen möglich sei, zugegeben. Aber selbst diese äußerst vorsichtige Haltung brachte ihm im Abgeordnetenhaufe eine Rüge von konser-

vativer Seite ein, die gegen ihn den preußischen Herrn Finanzminister ausspielte, der ebenso wie sein Herr Kollege im Eisenbahnministerium die Meinung hegt, daß unsere Eisenbahnorganisation ausgezeichnet ist.

Es ist ein Trost, daß schon mehr als einmal unitarische Bestrebungen sich trotz des Widerstandes der Konservativen durchgesetzt haben. Auch die Vereinheitlichung der Eisenbahnen wird sich durchsetzen, wenn auch aus keinem anderen Grunde als dem der wirtschaftlichen Notwendigkeit, die heute namentlich in Süddeutschland lebhaft empfunden wird. Daß nur ein dorniger Weg zu dem gewünschten Ziele führt ist unbedingt zuzugeben, da staatsrechtliche und finanzielle Hindernisse zu beseitigen sind. Das größte Hindernis liegt jedoch einstweilen noch in dem entschiedenen Widerspruche Preußens, das um die Einnahmen aus seinen Eisenbahnen besorgt ist. Sobald man in Preußen anderen Sinnes wird, ist der Weg frei. Preußens Stellung ist verständlich; aber nicht zu billigen ist, daß der preußische Partikularismus nicht den Mut zu einer öffentlichen und rein staatlichen Erörterung der Frage findet. Die Initiative zur Einberufung einer Sachverständigenkonferenz, die völlig unabhängig und objektiv die Möglichkeit einer Eisenbahngemeinschaft auf föderativer Grundlage prüft, ist das wenigste, was von Preußen erwartet werden könnte. Das Ergebnis der Konferenz und die sich aus ihm ergebenden Konsequenzen könnten dann in Ruhe abgewartet werden.

Monzambano

Mr. Roosevelts Wandlungen

Schon vor einem Vierteljahrhundert hat die republikanische Partei der Vereinigten Staaten von Nordamerika erkannt, daß die Trusts die kleineren freien Unternehmer zu verschlingen und in allen Industriezweigen Privatmonopole zu errichten drohten. Sie hat damals das Sherman'sche Antitrustgesetz erlassen, das noch heute maßgebend ist, das jedoch nichts anderes darstellt als eine Kulisse zur Täuschung über den wahren Sachverhalt. Fünfundzwanzig Jahre hindurch hat sich das Trustwesen ungehindert entfalten können; das Sherman'sche Gesetz hat ihm bei seiner ungeheuren Entwicklung nicht im Wege stehen können. Dabei hat die republikanische Partei aber niemals offen auf Seiten der Trusts gestanden; wenn sie das getan hätte, wären ihr große Wählerscharen untreu geworden. Sie hat mit den Demokraten um die Wette gescholten, aber sie hat sich mit peinlichster Sorgfalt gehütet, dasjenige Mittel gegen sie anzuwenden, das allein Erfolg versprochen hätte: die Zulassung billiger europäischer Waren zu niedrigen Zöllen, womit den Trusts die Aufrechterhaltung ihrer Monopolpreise unmöglich gemacht wäre. Statt dessen hat sie sich auf den Erlaß von Strafgesetzen beschränkt, die nicht angewendet werden, wie das gegen die Gewährung und Annahme geheimer Frachtrabatte der Eisenbahnen, auf Grund dessen der Petroleumtrust zu der ungeheuerlichen, im Wege des Kompetenzkonflikts jedoch ausgewischten Strafe von 29 Millionen Dollars verurteilt wurde.

Roosevelt selbst ist das Bild der Zweideutigkeit gegen die Trusts. Er hat Reden gegen sie gehalten mit beispiellosen Kraftstellen. Sie seien schlimmer als Straßenräuber, als bezahlte Rowdies und Zuhälter. Damit schien er der große Vorkämpfer in einem wirklich weltgeschichtlich zu nennenden Unternehmen werden zu wollen: in der Verteidigung der Gewerbefreiheit und des Kleinunternehmertums gegen das Milliardenkapital. Natürlich wurde er der Gottseibeius der Rockefeller, Morgan, Harriman, Carnegie und des ganzen Troffes kleinerer Größen, die sich diesen angeschlossen haben, sowie ihres Einflusses. Roosevelt spielte als Präsident auch mehrmals mit dem Gedanken einer Ermäßigung der Eingangszölle. Als es aber zum Klappen kam, als man sich der Wahl von 1908 näherte, zog er sein ungestümes Köhlein wieder in den Stall. Die Trusts und ihr ganzer hochschützöllnerischer Anhang drohten der Partei alle Beiträge zu entziehen, wenn sie Roosevelt als Präsidentschaftskandidaten aufstelle; ja sie werde sich nicht scheuen, einen Gegenkandidaten aufzustellen. Roosevelt hielt es doch nicht für ratsam, diesen Drohungen zu trotzen; er ließ den Zollreformgedanken fallen, erklärte sich mit den schärfsten Worten gegen eine nochmalige Kandidatur, überhaupt gegen die dritte Bekleidung der Präsidentswürde durch dieselbe Persönlichkeit. Vielmehr wandte er seinen ganzen beträchtlichen Einfluß zugunsten des jetzigen Präsidenten Taft auf, den die Trusts aufgestellt hatten, und der denn auch gewählt wurde.

Diese ziemlich klaren Verhältnisse haben sich in mehr als einer Beziehung gründlich gewandelt. Die Dinge sind einen ziemlich unerwarteten Gang gegangen. Der neue Kongreß hatte die versprochene Reform des Zolltarifs ausgeführt; aber während man nach dem Programm der republikanischen Partei annehmen mußte, daß diese gewisse Übertreibungen der Schutzzölle beschneiden werde, erhöhte man sie noch. Präsident Taft irrte sich so sehr in der Volksstimmung, daß er auf seiner ersten Rundreise durch den Westen Lobgesänge auf den Tarif anstimmte, jedoch in seiner eigenen Partei einen rasch wachsenden Widerstand antraf. Immer deutlicher bildete sich ein neuer Parteiflügel heraus, die „Insurgenten“, die den „Korrekten“ entgegentraten und dem Riesenkapitalismus Feindschaft schworen. Davon lernte Präsident Taft; klug schrieb er sich hinteres Ohr, daß eine neue Zeit anbreche. Gerade schickte der Riesenkapitalismus sich an, einen neuen Fischzug zu tun. Die Eisenbahnen in den Vereinigten Staaten sind sämtlich private Aktienunternehmen; diese taten sich im Frühjahr 1910 zusammen, um die Frachten und Fahrgelder ansehnlich zu erhöhen, wogegen sich namentlich die westlichen Staaten aufs schärfste wandten, denn für Reisen von Personen und Waren (z. B. Getreide) kommen für sie sehr lange Strecken in Betracht. Da war es nun Präsident Taft, der in wirksamster Weise ein Gesetz durchbringen half, das der bisher ziemlich machtlosen Interstate-Commerce-Commission das Recht gab, das Inkrafttreten solcher Tarifierhöhungen zu verbieten, bis sie durch einen weitläufigen und unsicheren Gerichtspruch bestätigt seien. Damit fielen die verhassten Erhöhungen; es war ein großer

Erfolg für Taft. Es blieb der einzige, denn der zollpolitische Gegenseitigkeitsvertrag mit Kanada wurde durch die Neuwahl des kanadischen Parlaments unmöglich, und der Schiedsvertrag mit England scheiterte daran, daß der Senat auf vollster Erhaltung seines Mitbestimmungsrechts beharrte.

Roosevelt wollte nach der Rückkehr von seinem Jagdausflug nach Afrika und der Reise durch Europa anfänglich dem politischen Treiben fern bleiben, geriet aber bald hinein. Er schloß sich den erwähnten „Insurgenten“ der republikanischen Partei an, und zwar bot sich gerade damals eine aufregende Veranlassung dar. Es kam an den Tag, daß der Minister des Innern, Ballinger, einem New Yorker Kapitaltrust riesigen Grundbesitz in Alaska, Wälder und Bergwerke, um einen Spottpreis in die Hände gespielt hatte. Der Fall Ballinger-Pinchot hielt monatelang die öffentliche Aufmerksamkeit gefangen und endigte mit dem Rücktritt Ballingers. Roosevelt vertrat mit den besten, unantastbarsten Gründen die Ansicht, daß der Staat, also der Staatenbund, an Grundbesitz und Bodenschätzen festhalten solle, was ihm gehöre, und nichts mehr an Privatkäufer verschleudern solle.

Mittlerweile war aber Taft durch den Erfolg mit dem Vorgehen gegen die Eisenbahnen immer mehr in Gegnerschaft gegen die Trusts geraten und immer mehr ein Vertreter derjenigen Grundsätze geworden, an denen Roosevelt 1908 gescheitert war. Die Trusts erwiderten seine Angriffe, er aber rechnete wohl auf den weitverbreiteten Haß gegen sie. Da begab sich das Wunderbare, daß Roosevelt sie in Schutz nahm. Also beiderseits eine vollständige Verschiebung des Standpunkts. Roosevelt erklärte, auch die größten „Organisationen“ hätten einen Anspruch auf Geltendmachung ihres Strebens nach freiestem Gewerbebetrieb. Nicht unmöglich machen solle man die Trusts, man solle sie nur unter obrigkeitliche Aufsicht stellen, damit ihre Geschäfte zum Nutzen des Gemeinwesens geführt würden. Das heißt denn doch eine Elle aus Kautschuk zum Messen benutzen! Ist es denkbar, durch Gesetze, so daß Richter darnach urteilen können, festzustellen, worin der Nutzen des Gemeinwesens aus dem Betriebe eines Riesengeschäfts wie des Petroleum- oder des Tabaktrusts besteht? Das heißt doch vollends, entweder dem Staat gänzlich unbrauchbare Waffen in die Hand stecken oder das wirtschaftliche Leben im allgemeinen seiner Willkür unterstellen. Schon der exakten Aufsichtsführung einer europäischen, z. B. einer deutschen Staatsbehörde wäre damit eine unlösbare Aufgabe gestellt, bei einer amerikanischen würde vollends wieder das eintreten, was so oft vom dortigen Gerichtswesen gesagt wird, daß der Reichtum mit vier Pferden durch alle Gesetze hindurchfährt. Und das soll ein reformatorischer Akt sein!

Den Trusts konnte dieser 1908 noch heftig zurückgewiesene Gedanke angesichts der festen Haltung Tafts gar nicht unangenehm sein; sie mußten wissen, daß ihnen davon keine ernstliche Unbequemlichkeit drohte. Sie näherten sich also Roosevelt und es schien, als ob er als ihr Pferd das große Rennen um die Präsidentschaftskandidatur durchmachen solle.

Aber es kam wieder ganz anders. Roosevelt suchte krampfhaft nach einem durchschlagenden Wahlspruch für die Massen. Nachdem er sich der Werbung mit dem Kampf gegen die Trusts begeben, bedurfte er eines solchen mehr als je. Doch ging er nun so weit, wie es kein Mensch für möglich gehalten hätte. Er sprach sich für die Abberufbarkeit der Beamten, einschließlich der Richter, durch das „Volk“, d. h. durch einen Beschluß der Wählerschaft aus. Vor dem Urteil unbefangener, aber politisch durchgebildeter Leute mußte das dem Faß den Boden ausschlagen, namentlich mußte das den Urheber dieses Gedankens bei allen konservativen Kreisen unmöglich machen. Es sei hier bemerkt, daß die Vereinigten Staaten nach England das erste Land gewesen sind, das die uns heute selbstverständlich erscheinende Unabhängigkeit des Richters durchgeführt hat.

Die Verteidiger Roosevelts gingen von der Annahme aus, daß er die ihm zugeschriebenen Absichten gar nicht haben könne. Aber die Gegner beriefen sich auf seine klaren Worte in der Rede zu Osawatomie und auf Artikel im Outlook, die noch radikaler gehalten waren. Roosevelt selber sprach kein Wort, um das Gesagte richtig zu stellen; es ist daher nicht daran zu zweifeln, daß er sich mit seinem Vorschlag an den im Westen vielverbreiteten, aber auch im Osten sehr häufig vorkommenden Radikalismus hat wenden wollen. Man sagt, daß die Einwanderer des letzten Jahrzehnts, unter denen Ost- und Südeuropäer vorwiegen, seine Ansichten begünstigen. Und diesen Neulingen — vier Jahre nach der Einwanderung erlangt jeder Unbescholtene das Wahlrecht — will Roosevelt eine derart heikle Entscheidung überweisen!

Präsident Taft hat offenbar damit einen Trumpf in die Hand bekommen, den er auszunutzen sucht. Er tritt für die Verfassung ein und bezeichnet die Abberufbarkeit der Richter als Herausbeschwörung eines Zeitalters nichtiger Anarchie (bubbling anarchy, d. h. buchstäblich: Wasserblasen aufsprudelnder Anarchie). „Die Reformen mögen möglichst von Grund aus unternommen werden, möge das Volk lernen, ehrenwerte Männer zu Abgeordneten zu erwählen; möge es sich zunächst an der Gemeindepolitik hinreichend beteiligen, um die Lenkung der Angelegenheiten durch bosses (Vereinsgewaltige) unmöglich zu machen. Die Selbstsucht der einzelnen, dies zu ausschließliche Bemühen um das Goldmachen, ist die Wurzel allen Übels gewesen. Möge das Volk solche Vertreter wählen, die die guten Seiten des parlamentarischen Wesens erkennen lassen.“

Allem Anschein nach sind Roosevelts Aussichten sehr verdüstert. Er hat zwar in den Vorwahlen für die entscheidende Hauptversammlung der republikanischen Partei einige Weststaaten mit geringer Wahlmacht gewonnen, aber im Nordosten anscheinend allen Boden verloren. Der Staat New York, der mächtigste von allen, hat in allen Bezirken, wo der Gegensatz Taft - Roosevelt entschied, Anhänger Tafts gewählt. Danach sollte man annehmen, daß dieser zum Parteikandidaten erkoren werde.

Ob er aber in der eigentlichen Präsidentenwahl im November den Sieg erringt, das ist eine völlig andere Sache. Der eigentliche Gegner ist dann

immer noch die demokratische Partei, die natürlich alles aufbieten wird, um aus dem Fehler der Republikaner, ihrem Zwiespalt, Vorteil zu ziehen. Stellen diese Roosevelt auf, dann wird sie die Arme ausbreiten, um die „Konservativen“ aufzunehmen, wogegen sie auf den Zuzug der Radikalen des Westens hofft, wenn Taft wieder kandidiert. An Kandidaten hat sie eher zu viel als zu wenig; die Gefahr ist, daß keiner so recht über den anderen hervorragt, doch wird man ihrer möglicherweise in vertrauten Ausschüssen Herr. Es ist aber sogar die Rede davon, daß Bryan, der radikalste von allen, zum viertenmal auf den Schild erhoben werden solle. Dann ist freilich alles möglich.

An dem Ausfall ist Europa sehr lebhaft interessiert. Von ihm wird es abhängen, ob der Imperialismus noch straffer angezogen werden soll, ob namentlich die wirtschaftliche Vormundschaft über andere amerikanische Staaten, die der Staatssekretär Knog zurzeit in Mittelamerika aufzurichten sucht, zustande kommen wird oder nicht. Auch handelspolitische Folgen können sich einstellen. Dann aber dürfte sich namentlich entscheiden, wie sich die große Republik zu der Allmacht der New Yorker Plutokratie stellen wird. Hier liegt eine Aufgabe, die in Amerika brennender ist als irgendwo.

E. S.

Verantwortlich: der Herausgeber George Cleinow in Schöneberg. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:

An den Herausgeber der Grenzboten in Friedenau bei Berlin, Hedwigstr. 1a.
Fernsprecher der Schriftleitung: Amt Pfalzburg 5719, des Verlags: Amt Lüchow 6510.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW. 11.
Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW. 11, Dessauer Straße 36/37.

Einen besonders aromatischen Bohnenkaffee

tadellos geröstet liefere ich zum Vorzugspreise von **nur 148** Pfennig pro Pfund. Dieser Röst-Bohnenkaffee ist den Liebhabern einer reinen Tasse Kaffee gewidmet und wird (dafür bürgt schon meine grosse Sachkenntnis in Kaffee) sicher überall gefallen. — Verlangen Sie ein Postkolli franko unter Garantie der Zurücknahme.

Gustav Westphal, Altona-Hamburg
Kleine Gärtnerstr. 100-108.